

**N I E D E R S C H R I F T**  
**über die**  
**öffentliche Sitzung des Gemeinderates**  
**DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD**

**Tag:** Mittwoch, den 08.12.2021

**Ort:** in der Stadthalle

**Beginn:** 17:30 Uhr

**Ende:** 20:25 Uhr

**ANWESEND:**

**Vorsitzender**

Herr Michael Rieger

**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

Herr Dirk Schmider

Herr Marc Winzer

Herr Ernst Laufer

Herr Vincenzo Sergio

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

Herr Patrick Hilpert

Herr Hans-Peter Rieckmann

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

Herr Georg Wentz

**Sachkundige Einwohner**

Herr Hartmut Breithaupt  
Herr Franz Günter  
Herr Joachim Kieninger  
Herr Klaus Lauble

Ortsvorsteher Langenschiltach  
Ortsvorsteher Oberkirmach  
Vertreter des Stockwalds  
Ortsvorsteher Peterzell

**Beamte, Sachverständige usw.**

Frau Blanka Amann  
Herr Giovanni Costantino  
Herr Markus Esterle  
Herr Josef Klausmann  
Herr Alexander Tröndle

**Schriftführer**

Frau Nicole Dorer

**ABWESEND:**

**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Constantin Papst  
Frau Barbara Bahsitta

entschuldigt  
entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 26.11.2021 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

## 1 Fragestunde für Einwohner

---

### Protokoll:

- a) Ein Bürger hat eine Frage zum Haushaltsplan 2022. Er spricht den Umbau des Roten Löwen an. Vor etwa 7 Jahren sei der Umbau mit 3 Mio. Euro geplant worden. Die aktuellen Kosten lägen bereits über 5 Mio. Euro. Hinzu kämen die Maßnahmen laut Haushaltsplan mit Marktplatz und Tiefgarage. Er fragt, wie das finanziert werden solle. Weiter spricht er das Stadtentwicklungskonzept an, das seit 10 Jahren laufe und seiner Meinung nach nur nicht öffentlich behandelt werde. So bekomme er nicht die Möglichkeit, die Maßnahmen zu beurteilen bzw. Vorschläge zu machen.

Bürgermeister Rieger antwortet, das Stadtentwicklungskonzept sei in Bürgerwerkstätten entstanden und jeder Bürger hätte die Möglichkeit gehabt, mitzuwirken. Es sei auch schon viel von den Vorschlägen abgearbeitet worden. Er bietet dem Bürger an, in seiner Bürgersprechstunde einen Termin zu vereinbaren, um ihm alle Maßnahmen ausführlich zu erklären.

Weiter mahnt derselbe Bürger an, dass für junge Familien mit Kindern Wohnungen bzw. Häuser in St. Georgen fehlten, es aber über 250 Wohnungen mit Betreuung gäbe. Er fragt nach den Plänen der Verwaltung.

Bürgermeister Rieger erklärt, das Thema sei bekannt. Es tue sich aber etwas stadtnah und er bittet den Bürger, die nächsten Gemeinderatssitzungen aufmerksam zu verfolgen.

Derselbe Bürger mahnt nun noch die Qualität des Roten Löwen an. Diese sei von Anfang an nicht gut gewesen.

Bürgermeister Rieger weist darauf hin, dass der Rote Löwen von Architekten umgebaut würde. Die verschiedenen Maßnahmen zum Roten Löwen seien mehrfach öffentlich vorgestellt worden.

- b) Der Eigentümer des Grundstücks in der Ackerstraße, über das es in Tagesordnungspunkt 5 geht, ist in der Sitzung anwesend. Er erklärt, er habe das gesamte Grundstück als Bauland gekauft und auch so bezahlt. Nun sei im Plan ersichtlich, dass fast die Hälfte des Grundstücks als Grünfläche ausgewiesen werde. Es entstünden ihm 200.000 bis 300.000 Euro Verlust, da diese Fläche nicht bebaut werden könne. Er fragt, ob dies bedacht wurde und wenn ja, wie dies ausgeglichen werde.

Bürgermeister Rieger erklärt, dies müsse geprüft werden und könne nicht auf die Schnelle geklärt werden.

Stadtbaumeister Tröndle erwähnt, es gehe im Tagesordnungspunkt 5

---

um die Offenlage des Bebauungsplanes. Innerhalb der Auslegung könnten Bedenken und Einsprüche erhoben werden. Dem Gemeinderat werde, sollten die Bedenken gerechtfertigt sein, ein Vorschlag vorgelegt.

---

## 2 Bekanntgaben, Verschiedenes

---

### Protokoll:

- a) Impfzentrum St. Georgen  
Bürgermeister Rieger teilt mit, das Landratsamt richte einen Impfstützpunkt im ehemaligen A. Maier-Gebäude ein. Dies sei außerordentlich wichtig für den westlichen Kreis. Wenn alles gut laufe, könne bereits ab dieser Woche, Samstag, geimpft werden. Ansonsten ab nächster Woche. Es werde noch Personal gesucht. Wer mitarbeiten wolle, könne sich auch bei der Stadtverwaltung melden, es werde dann vermittelt.
  
- b) Schnelltest/Coronasituation  
Bürgermeister Rieger erklärt, täglich bekomme die Stadtverwaltung heftigste Anrufe zum Thema Testen und Corona, Quarantäne usw. Es seien Tests bestellt, aber es komme die bestellte Menge nicht an. Dies gehe anderen Kommunen auch so. Über Beziehungen sei es nun gelungen, an Lollitests zu kommen. Hiervon wurden auch schon welche an eine Nachbarkommune verkauft, die gar nichts mehr habe. Die gelieferten 6.000 Lollitests reichten für ca. vier bis sechs Wochen. Am Montag wurden daher nochmals 7.000 Stück bestellt. Die Kosten werden von der Stadt vorgestreckt, was zurückkomme, könne noch niemand sagen. Als moralisch und ethisch nicht schön nennt er die Situation, dass aufgrund der Lieferengpässe bei Tests die Preise ansteigen und damit ein regelrechtes Geschäft gemacht werde. Er bittet die Bevölkerung um Verständnis, es werde getan, was möglich sei. Es gebe auch noch faire Händler, jedoch seien die Preise mittlerweile sehr hoch.

---

## 3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 24.11.2021

---

### Protokoll:

- a) Der Gemeinderat hat einem Bauvorhaben in der Schramberger Straße zugestimmt.
  
- b) Der Gemeinderat hat eine Nachfolgerstelle im Gutachterausschuss bestellt.
  
- c) Der Gemeinderat hat dem Verkauf von zwei Bauplätzen im Baugebiet „Alt Schulhäusle“ zugestimmt.

---

d) Der Gemeinderat hat einer Höhergruppierung zugestimmt.

**4 Sanierungsgebiet "Sanierung V - Treffpunkt Innenstadt"  
Stadtmitte - Marktplatz  
Entscheidung Belagsaufbau und Belagauswahl  
Vorlage: 137/21**

---

**Protokoll:**

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Pfaff von faktorgrün und erklärt, heute gehe es um den Belagsaufbau auf dem Marktplatz. Hierfür gebe es verschiedene Möglichkeiten. Sieben sehr gute Varianten lägen zur Auswahl vor. Gemeinderat und Verwaltung hätten sich dazu entschlossen, die Bürger mit zu beteiligen. Abgestimmt werden könne über die BürgerApp Crossiety und über einen Wahlzettel im Rathaus. Morgen gebe es ein ausführliches Pressegespräch. Im Rathaus sollen Stellwände aufgestellt werden. In der Januar-Sitzung solle der Gemeinderat dann über die Varianten abstimmen.

Stadtbaumeister Tröndle erwähnt, mittlerweile seien die Planungen für den Marktplatz schon weit vorangeschritten. Mit der Bepflasterung gehe es um die Gesamtansicht. Dies sei immer eine subjektive Sache. Die Verwaltung habe lange nachgedacht, wie die Möglichkeiten am besten dargestellt werden könnten. Über das Büro faktorgrün sei man an ein Büro aus Spanien gekommen. Zeitlich Spitz auf Knopf nennt er die Situation. Das Bürgervoting sei in der Vorbereitung. Geplant sei, alle Gewerke gemeinsam zu vergeben. Es handle sich um europaweite Ausschreibungen, welche viel Zeit kosten werde. Mittlerweile sei der Baubeginn in den Juli 2022 gerückt. Dieser Termin solle unbedingt gehalten werden.

Herr Pfaff erläutert, in der letzten Sitzung habe er den Auftrag erhalten, Visualisierungen zur Marktplatzbepflasterung zu erstellen. Er erklärt, wie eingeschränkt man aufgrund der Statik beim Aufbau auf dem Tiefgaragendach sei. Teilweise sei keine Abdichtung auf den Garagen vorhanden. Die Innen-sanierung der Tiefgarage wurde dem Gremium bereits vorgestellt. Aufgrund der Vorgaben und der statischen Probleme habe sich der Gemeinderat in der letzten Sitzung für eine Abdichtung der Garagen mit Gussasphalt ausgesprochen. Darauf werde eine Drainmatte aufgelegt und so das Wasser in Richtung Abläufe gedrückt. Dies sei teilweise heute auch schon so. Weiter erfolge der Aufbau mit einer gebundenen Bauweise, die den Vorteil biete, dass so wenig wie möglich Wasser eindringen könne. Dieses System wurde auch auf den Probefeldern auf dem Marktplatz aufgebaut. Ausführlich erläutert er dem Gremium, wie es sich mit der Pflasterstärke und der Befahrbarkeit des Pflasters verhalte. Es müsse bedacht werden, dass nicht dauernd, aber doch regelmäßig Verkehr auf dem Marktplatz stattfinde, z.B. Winterdienst, Müllabfuhr, Anlieferung usw. Die Frage aus der letzten Sitzung war, ob auch eine Pflasterstärke von zehn cm ausreiche. Aufgrund der Berechnungen könnten zehn cm ausreichen. Dies wäre allerdings die unterste Grenze und man solle nie die unterste Stärke einbauen. Aus diesem Grund empfehle er unbedingt die Stärke von zwölf cm. Auf den Probefeldern seien

---

verschiedene Farben eingebaut und auch die unterschiedlichsten Steine, Naturstein und Beton, sowie in gebundener und ungebundener Bauweise. Auch die Drainschicht wurde in verschiedenen Varianten eingelegt. Das Probefeld liege nun eineinhalb Jahre. Vor der Ausschreibung werde das Probefeld begutachtet und geschaut, wie die Auswirkungen im Untergrund seien. Damit könne dann bestätigt werden, dass die gewählte Bauweise auch die richtige sei.

Die Varianten beinhalten teilweise Ort betonplatten mit einer maximalen Größe von sechs auf sechs Metern und auch Pflaster in verschiedenen Größen. Beim Farbton sei man auf beige gegangen, was sich den Gebäuden anpasse und auch auf Rottöne, die an den geologischen Untergrund, den Granit, erinnern, der in St. Georgen vorhanden sei. Auf den Ort betonplatten sei ein sogenannter Besenstrich aufgebracht, was die Platten rutschfest mache.

Er stellt dem Gemeinderat die sieben Varianten anhand einer Visualisierung vor.

Stadträtin Erchinger erklärt, letztendlich habe die Dichtigkeit für den Gemeinderat oberste Priorität. Der Gemeinderat sei sehr gut beraten worden und habe sich für eine Abdichtung mit Gussasphalt und einen Aufbau in gebundener Bauweise entschieden. Mit den vorgestellten sieben Varianten gebe es eine tolle Auswahl für die Bürger. Sie stellt die Frage, wie die Bürgerbefragung betitelt werde.

Bürgermeister Rieger erklärt, es gehe um ein Einwohnervotum. Es werde abgefragt, welche Pflasterung den Bürgern am besten gefällt.

Stadtrat Freischlader findet es gut, dass die Bürger abstimmen können. Er ist sehr erfreut, dass trotz den technischen Einschränkungen schöne verschiedene Varianten vorgestellt werden konnten. Er ist sich sicher, dass es ein schönes Ergebnis geben werde.

Stadtrat Bäsch hält die Auswahl und die Visualisierungen auch für sehr gut gelungen. So könne sich jeder ein gutes Bild vom künftigen Marktplatz machen. Er sei sehr gespannt, was beim Voting herauskomme.

Stadtrat Schmider nennt die Darstellung gelungen. Jeder solle sich einen Eindruck machen können. Daher seien auch Stellwände nötig und nicht nur die digitale Visualisierung.

Bürgermeister Rieger erklärt, er werde noch überprüft, ob eventuell im alten EDEKA Stellwände aufgestellt werden können. Auf jeden Fall im Rathaus. Zusätzlich werde ein kleiner Film gedreht und auf der Homepage und über die Presse informiert.

Stadtrat Weißer weist darauf hin, dass ein wesentlicher Punkt bei den Ort betonplatten die Stabilität sei. Durch weniger Fugen würden auch weniger Wartungsarbeiten anfallen.

---

Stadtrat Heinzmann lobt die Visualisierung ausdrücklich. Man erhalte einen viel besseren Einblick und der Ort beton werde so auch konkurrenzfähig.

Stadtrat Winzer freut sich, dass es mit dem Stadtmittelpunkt nun losgehe. Durch die Visualisierung komme der Ort beton nun ganz anders heraus, wie davor vorgestellt. Der Gemeinderat müsse den Bürgern vertrauen und es sei sehr gut, dass diese mit einbezogen würden.

Stadtrat Fichter ist der Meinung, man solle sich nicht nur von technischen und sicherheitsrelevanten Vorgaben leiten lassen. Das Pflaster solle wieder 40 Jahre liegen und da komme es auf das Aussehen an. Es sei die Frage, ob große Platten geeignet seien und wie diese rauskämen. Der Marktplatz sei der Platz für die Menschen und nicht für Fahrzeuge.

Stadträtin Erchinger ist der Meinung, gerade die großen Platten würden einen Platz größer wirken lassen.

Stadtrat Santalucia weist darauf hin, dass der Jugendgemeinderat bereits ab 14 Jahren gewählt werden dürfe. Es wäre schön, wenn diese Altersgruppe auch mit bei der Bepflasterung abstimmen dürfte. Die Visualisierung helfe bei der Entscheidung gut weiter. Er fragt nach den Wartungsintervallen bei den Ort betonplatten und wie es mit der Verschmutzung, Fette und Spuren auf den Ort betonplatten sei.

Herr Pfaff erklärt, die Verschmutzungen werde man sehen. Fett dringe ein. Der Winter reinige einiges auch wieder raus. Auch Reifenabrieb sehe man auf den Ort betonplatten mehr als auf Pflaster. Die Fugen bei Ort beton seien Dehnfugen und müssen alle fünf Jahre erneuert werden (Silikon). Beim Pflaster sei die Vorgehensweise anders. Das Pflaster werde verlegt und an den Stellen, an denen das Pflaster reiße, werde nachträglich die Dehnfuge hergestellt.

Stadträtin Erchinger fragt an, ob rote Töne ausbleichen.

Herr Pfaff erklärt, beige sei empfindlicher. Rote Steine hielten die Farbe dauerhaft.

Stadtrat Weißer erklärt, durch Fugenreparaturen bei kleinerem Pflaster ergebe sich ein unterschiedliches Erscheinungsbild.

Herr Pfaff erklärt, dies könne passieren. Die ungebundene Bauweise wäre unempfindlicher, stehe aber nicht zur Diskussion.

Stadtrat Staiger fragt, ob bei den Ort betonplatten eine Rissbildung ausgeschlossen werden könne.

Herr Pfaff antwortet, dies habe er, auch bei älteren Flächen, noch nicht erlebt. Die Platten seien ineinander verzahnt und Eisen eingebaut. So könnten Risse ausgehalten werden.

Stadträtin Rodgers fragt an, ob die Ort betonplatten im Winter rutschiger sei-

---

en als Pflaster.

Herr Pfaff verneint. Bei der Ausführung müssten bestimmte Werte eingehalten werden.

Stadtrat Laufer erkundigt sich, wo Ort beton verlegt wurde und der Gemeinderat sich dies vor Ort anschauen könne.

Bürgermeister Rieger weist darauf hin, in Ulm werde demnächst das neue Feuerwehrfahrzeug geholt und dort seien Ort betonplatten verlegt.

Herr Pfaff zeigt einige Fotos von verschiedenen Städten auf, in denen Ort beton verlegt wurde.

Stadtrat Hilpert bedankt sich bei Herrn Pfaff für die gute Aufarbeitung des Themas. Auch was die technische Seite anbelange, sei der Gemeinderat ausführlich aufgeklärt worden. Er habe es in kurzer Zeit geschafft, alles verständlich darzustellen. So hätten auch die Bürger eine sehr gute Grundlage für ihre Entscheidung.

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat ein vorbereitendes Einwohnervotum zur Auswahl des Oberflächenmaterials durchzuführen. Die Auswahl der verschiedenen Varianten erfolgt über ein Online-Voting sowie ergänzend im Rathaus.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Ergebnis des Einwohnervotums für die öffentliche Sitzung am 26.01.2022 aufzubereiten. Die endgültige Entscheidung über die Verwendung des Oberflächenmaterials obliegt dem Gemeinderat.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 21  
Ablehnung: ./.  
Enthaltung: ./.

## **5 Bebauungsplan "Ackerstraße Ost" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB**

### **Offenlagebeschluss**

**Vorlage: 121/21**

---

### **Protokoll:**

Stadtrat Schmider erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt befangen und nimmt bei den Zuhörern Platz.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert die Vorlage. Durch Beratungen im Ge-

---

meinderat und vorhergehende Untersuchungen sei die heute vorgestellte Bebauungsmöglichkeit entstanden. Wie bereits in der öffentlichen Fragestunde vom Grundstückseigentümer angesprochen, sei dieser über den Plan nicht glücklich.

Stadtbaumeister Tröndle nennt die Eckpunkte zur Planung. Die beiden Grundstücke 229 und 229/1 lägen im unbeplanten Innenbereich und seien baurechtlich nach § 34 BauGB zu beplanen und zu beurteilen. Beide Grundstücke wurden bereits als Wohnbaufläche genutzt und seien im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche ausgewiesen. Die umliegende Bebauung sei als reines Wohngebiet mit ein- bis zweigeschossiger Bauweise geprägt. Als Erschließungsstraße diene die 3,75 m breite Ackerstraße. Diese Straße entspreche nicht den Vorgaben der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt). Eine Untersuchung habe ergeben, dass dem Gebiet nicht mehr Verkehr zugemutet werden könne. Bei Bebauung der zweiten Reihe müsse eine alternative Erschließungsstraße gefunden werden. Für das Grundstück wurde im Januar 2020 eine Bauvoranfrage für einen Neubau mit 34 Wohneinheiten eingereicht. Die Angrenzeranhörung habe starken Widerstand ergeben. Vom Technischen Ausschuss und der Baurechtsbehörde wurde die Bauvoranfrage verweigert. Im Dezember 2020 wurde eine Bauvoranfrage für den Neubau von 3 x 5 Reihenhäuser mit bis zu 30 Wohneinheiten eingereicht. Dies habe erneuten Widerstand innerhalb der Angrenzeranhörung ergeben. Das Einvernehmen des Technischen Ausschusses wurde verweigert und der Gemeinderat habe eine Veränderungssperre erlassen. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Bebauungsplan nach § 13a BauGB, mit dem eine städtebaulich verträgliche Bebauung für diese Grundstücke sichergestellt werden soll, zu erstellen.

Durch verschiedene Varianten wurde nachgewiesen, dass die gewünschte verdichtete Bauweise in der zweiten Reihe aufgrund der Topographie mit der zugehörigen Erschließung nicht möglich sei. Das Grundstück wurde vermessen und verschiedene Planbilder mit Geländeschnitten erstellt. Hierbei wurde deutlich, dass eine rationale und wirtschaftliche Erschließung über die Museumsstraße nicht möglich sei.

Die wesentlichen Inhalte der planungsrechtlichen Festsetzungen:

#### Art- und Maß der baulichen Nutzung

- Reines Wohngebiet (WR)
- II Vollgeschoss
- GRZ 0,3
- GFZ 0,6
- Satteldach
- Einzel- /Doppelhaus
- 2 WE/Gebäude zulässig

#### Stellplätze

- Im Plan zeichnerisch festgesetzt
- Stellplatzverpflichtung von 2,0 Stellplätze/WE

#### Schutz der Natur

- Verwendung insektenfreundlicher Lampen
- Dränagen dürfen nicht an die Kanalisation angeschlossen werden
- Wasserdurchlässige Beläge bei Pflasterbelägen und Stellplätzen
- Dachbegrünung bei Flachdächern

- 
- Pflanzung eines Baums pro 150 m<sup>2</sup> nicht überbaubarer Grundstücksfläche
  - Verpflichtung einer Retentionszisterne (Regenwasser)

Ein Problem stelle die Kanalisation dar. Der Kanal könne nicht mehr aufnehmen. Das Thema der Entwässerung sei noch nicht abschließend gelöst.

Stadtbaumeister Tröndle nennt den weiteren Verfahrensablauf, der einen Satzungsbeschluss für den April 2022 vorsehe. Sollten allerdings schwerwiegende Einwendungen eingehen, müsse gegebenenfalls eine erneue Offenlage erfolgen, was einen Satzungsbeschluss auf den Juni 2022 verlängere.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen beschließt die Durchführung der Offenlage gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 20

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

---

## **6 Haushaltsplan für das Jahr 2022; 2. Beratung und Verabschiedung**

---

### **Protokoll:**

Für die Freien Wähler hält die Fraktionsvorsitzende, Karola Erchinger, die Haushaltsrede zum Haushalt 2022.

Sie führt aus, im letzten Jahr an dieser Stelle habe sie von einem „aus dem Rahmen gefallenem Jahr“, in der Hoffnung, 2021 würde besser oder sogar wie früher werden, gesprochen. Weit gefehlt! Dieses, sich zu Ende neigende Jahr 2021, sei für die Bürger, Industrie, Handwerk und Einzelhandel, nicht sehr viel besser gewesen, oder doch?

Es könne wieder einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet werden, große Investitionen sollen anschoben werden, Schulden abgebaut und vor allem – guten Mutes und hoffnungsvoll in die Zukunft geschaut werden. Für alle eine Zeit des Aufbruchs, trotz Corona.

In den nächsten Jahren werde eine neue Stadtmitte geschaffen und damit eine neue Aufenthaltsqualität für alle. Es entstehe also in Zukunft das oft vermisste Zentrum der Stadt. Denn in der Pandemie konnte festgestellt werden, wie wichtig Kommunikation und soziales Miteinander für jeden Einzelnen sei.

Dass die richtige Richtung eingeschlagen wurde, zeige sich im steten Bevölkerungswachstum und überwiegend zufriedenen Bürgern.

Im Bereich Kindergärten und Schulen werden nicht gedeckte Kosten i.H. von knapp 3,8 Mio. Euro ausgeglichen, da die Gelder vom Land und die El-

---

terengebühren bei weitem nicht ausreichen. In diesem Bereich kämen in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch hohe Kosten auf die Stadt zu, als da wäre das Thema Elektro in allem Grundschulen, der Anspruch auf Ganztagessplätzen hier ab 2026, Beleuchtung Bildungszentrum uvm.

Es könnten wieder 3 Mio. Euro Abschreibungen erwirtschaftet werden, müssten keine Steuern und Abgaben erhöht werden, und über mehr als 7 Mio. Euro Gewerbesteuern seien eingeplant. Weiterhin könne man sich die sogenannten freiwilligen Aufgaben, in Höhe von 3 Mio. Euro Abmangel nach wie vor leisten.

Trotzdem müssten die Bürger, wie von Herrn Rieger in seiner Haushaltsrede bereits erwähnt, bei einigen zukünftigen Projekten, wie z.B. Klosterweiher oder Stadtgarten, in den nächsten Jahren um Unterstützung gebeten werden. Denn nur gemeinsam könnten die oben erwähnten Projekte neben der Innenstadt- und Tiefgaragensanierung, Roter Löwe, Rathaus und Kläranlage, und nicht zu vergessen der Bereich Schulen, bewältigt werden.

Das Jahr 2021 werde mit einem ordentlichen Ergebnis von 85.000 Euro abschließen und unter dem Strich könne 2022 mit 5,8 Mio. Euro gestartet werden.

In der heutigen Zeit und im Vergleich zu anderen Gemeinden ein guter Start! Im nächsten Jahr sollen ca. 6,5 Mio. Euro investiert werden, dafür gehe man auch an die Eigenmittel. Allerdings komme man nochmals ohne neue Kredite aus.

Die Stadtwerke schließen mit einem Minus von knapp 1 Mio. Euro das Haushaltsjahr ab, was zum größten Teil auf Breitbandinvestitionen zurück zu führen sei. Es werden hier in 2022 für den Bereich Wasserversorgung 842.000 Euro investiert, plus die Planungskosten i.H. von 60.000 Euro für den Neubau des Hochbehälters Rupertsberg, der jetzt endlich in Angriff genommen werden wolle. Die Breitbandkosten für 2022 hinzugerechnet, komme man bei den Stadtwerken nächstes Jahr auf ein Investitionsvolumen von knapp 6,5 Mio. Euro – eine stolze Summe!

Wenn man sich die Seiten 46 und 47 im vorliegenden Haushaltsplan anschau, sehe man, dass im Finanzhaushalt für 2023 ca. 5,4 Mio. Euro, 2024 ca. 3,1 Mio. Euro und 2025 ca. 3,5 Mio. Euro für verschiedene Maßnahmen vorgesehen seien, die dann Kreditneuaufnahmen unausweichlich machen. Da aber am Ende 2022 nur noch eine pro Kopf Verschuldung von 110 Euro vorhanden sein werde, bereite dies keine allzu großen Sorgen. Im Gegenteil, sie freue sich auf diese Aufgaben, denn sie bedeuten einen erheblichen Mehrwert für die Bürger.

Sie dankt Bürgermeister Rieger im Namen der Freien Wähler Fraktion für seine Arbeit und sein Engagement.

Sie bittet die Bürger, bei Anliegen direkt mit den Gemeinderäten in Kontakt zu treten. Persönlich, nicht anonym, um auf Augenhöhe diskutieren zu können.

Herrn Klausmann, für den es der letzte Haushalt wegen der bevorstehenden Pension sei, dankt sie für seine jahrelange Arbeit. Mit Frau Amann sei genau die richtige Frau für diesen Posten ausgewählt worden. Ihre sortierte Zusammenfassung der Investitionen 2022 habe sehr durch den 625-seitigen Haushaltsplanentwurf geholfen. Weiter spricht sie den Dank an Herrn Esterle, Herrn Costantino und Herrn Tröndle aus. Der Gärtnerei und dem Bauhof dankt sie für den Einsatz sommers wie winters. Für die gute Zusammenarbeit dankt sie ihren Ratskollegen.

---

Für die SPD-Fraktion hält der Fraktionsvorsitzende, Oliver Freischlader, die Haushaltsrede zum Haushalt 2022.

Er bedankt sich bei der Kämmerin, Frau Amann, und ihrem Team für die gelungene Darstellung der finanziellen Situation. Insgesamt könne man mit dem Kernhaushalt sehr zufrieden sein. Der Überschuss schrumpfe zwar auf nur noch knapp 100.000 Euro und es werde ein Teil der Rücklagen bei einer Investitionssumme von über 9 Mio. Euro und damit von fast 30% der gesamten Ausgaben verbraucht, aber dies werde für absolut vertretbar gehalten. Die Stadt lebe also nicht über ihre Verhältnisse, sondern gebe das Geld für die Verbesserung und Erneuerung der Stadt aus. Und dafür sei das Geld ja auch gedacht und letztlich seien Sanierungsrückstände ja auch nur Schulden in Beton gegossen. Diese Betonschulden sorgten dann auch noch für ein schlechtes Ansehen der Stadt und deshalb müssten diese jetzt dringend beglichen werden. Über die Zeit der mittelfristigen Finanzplanung werde auch immer ein – teils erheblicher - Überschuss erreicht und damit werden kontinuierlich die Vorgaben des Haushaltsrechts erfüllt.

Bei den in den nächsten Jahren dauerhaft notwendigen Sanierungsaufgaben seien diese Überschüsse auch notwendig, aber dass eine Stadt wie St. Georgen dies schaffe, sei bei weitem nicht selbstverständlich. Gleichzeitig würden in den nächsten Jahren weiter die Schulden der Stadt auf lange nicht gekannte Tiefststände gesenkt und dabei seien die Ansätze der Einnahmen zu Recht noch vorsichtig angesetzt. Zusätzlich würden die steigenden Abschreibungen, die zunächst so schmerzlich für den Haushalt seien, bei der Finanzierung der Neuinvestitionen helfen. Auch die SPD-Fraktion sehe, wie auch Kämmerin Amann, Handlungsbedarf bei den städtischen Gebäuden. Der Bestand solle auf längere Sicht sicher reduziert werden, um weitere teure Unterhaltungsmaßnahmen zu vermeiden.

Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt sehe er allerdings sicher keinen aktuellen Bedarf für substanzielle Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen. Schließlich seien relevante Einsparungen dieser Leistungen nur über Schließung des Hallenbads, die nach der umfangreichen Sanierung sicher von allen ausgeschlossen werde, des Phonomuseums oder der Musikschule möglich. Jeder Eingriff in diese Bereiche würde die Attraktivität der Stadt so nachhaltig schädigen, dass letztlich mehr Schaden angerichtet würde, als mit dem gesparten Geld gut gemacht werden könne.

Ein anderer Posten falle jedoch jedes Jahr auf's Neue auf und das seien die erheblichen Unterschiede in der Betreuung von Kindern in den städtischen Einrichtungen und die Transferaufwendungen für die kirchlichen Einrichtungen. In diesem Haushalt sei der Unterschied bei ca. 25% bei vergleichbaren Einrichtungen. Hier seien erneute intensive Überlegungen städtischerseits und erneute Gespräche mit den anderen Trägern dringend angebracht.

Ein weiteres Ärgernis seien die zunehmenden Planungskosten, nicht die für große Bauvorhaben, sondern für kleine Maßnahmen, wie die Sanierung der Elektrik der Schule Peterzell, für die vorher Ingenieursgutachten zu erstellen seien. Dazu werde die Stadt heute gezwungen.

Eine nähere Beleuchtung verdiene in diesem Jahr aber auch der Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Wegen weiterer Investitionen von ca. 7,5 Mio.

---

Euro sei hier eine Kreditaufnahme von 6,47 Mio. Euro notwendig. Für diese Investitionen gelte aber Gleiches wie für die Investitionen im Kernhaushalt. Die Tiefgaragensanierung sei ob des Zustands der Garagen tatsächlich unaufschiebbar und eine zwingende Voraussetzung für die Stadtsanierung. Die Erneuerungen der Kanalisation und Frischwasserleitungen im Zuge von Straßenarbeiten seien nur konsequent und wie der Ausbau der Glasfaser auch Teil der unbedingt nötigen Daseinsvorsorge der Stadt. Natürlich könnten die Stadtwerke Zins und Tilgung für alle diese Maßnahmen auf absehbare Zeit nicht alleine erwirtschaften. Deshalb wurden in diesem Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung bereits die entsprechenden Mittel eingestellt, um die Stadtwerke zu unterstützen.

Insgesamt halte die SPD-Fraktion den Haushalt 2022 für gelungen und werde ihm deshalb gerne zustimmen.

Bezüglich weiterer Ausgaben würden dieses Jahr keine Anträge gestellt. Bei den vorliegenden Anfragen des Cubic Racing Teams würde die SPD-Fraktion eine Förderung mit 5.000 Euro befürworten, denn Bürger aus St. Georgen bei einer Weltmeisterschaft gebe es auch nicht jeden Tag.

Für den Kunstverein Global Forrest würde die SPD-Fraktion für 2022 einem Zuschuss von 4.000 Euro zustimmen aber dabei gleich betonen, dass eine Verstetigung auf regelmäßige Zuschüsse momentan nicht vorstellbar sei.

Bedanken möchte er sich bei Bund und Land für die Förderungen für sämtliche Projekte. Allerdings hätte sich die SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und Klimasituation und der komfortablen finanziellen Situation Baden-Württembergs einen St. Georgen ebenbürtigen Mut beim Haushalt des Landes gewünscht. In einem reichen Land wie - the Länd - reichten 22 neue Solaranlagen auf tausenden landeseigenen Dächern einfach nicht, um Klimapolitik glaubhaft zu betreiben und nach Monaten der Schul- und Kitaschließungen hätte auch ein kraftvoller Neustart der Bildung mit ausreichend Lehrerstellen, schulbegleitenden Aufholprogrammen, verstärkter Schulsozialarbeit und endlich den Einstieg in kostenlose Kitas erwartet werden können. Oder um es mit den beiden letzten Imagekampagnen des Landes zu sagen: „Mir hädded uns gewünsche, das mit den ELänd bei de Schule mal babbela wär.“

Zum Schluss bedankt er sich bei allen Mitarbeitern der Stadt für ihren Einsatz im

vergangenen Jahr. Den Ratskollegen spricht er ein Dankeschön für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit aus. Herrn Rieger und den Amtsleiter dankt er für den offenen Umgang miteinander und die gute Zusammenarbeit.

Für die CDU-Fraktion hält die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Beate Rodgers, die Haushaltsrede zum Haushalt 2022.

Sie spricht der Verwaltung sowie der Stadtkämmerin, Frau Amann, für das umfangreiche Zahlenwerk und die geleistete Arbeit einen Dank aus.

Die Ertragslage der Stadt St. Georgen stelle sich aktuell insgesamt als ordentlich und solide dar. Die Stadt St. Georgen scheine bisher gut durch die Phasen der Pandemie gekommen zu sein und sei gut für die bevorstehenden Herausforderungen der Stadt, wie insbesondere der Sanierung des Zentrums, recht ordentlich gerüstet. Für große Luftsprünge sei aber natürlich auch kein Platz. Sicherlich solle mit Achtsamkeit die weiteren Entwicklungen

---

beobachtet werden.

So konnte das Jahr 2020 insgesamt mit einer Ergebnisverbesserung von 1,6 Mio. Euro abgeschlossen werden, wobei hier sicherlich Ausgleichszahlungen für Gewerbesteuerausfälle und den Finanzausgleich einen gewissen Beitrag geleistet hätten. Der Finanzierungsmittelbestand läge mit 9,5 Mio. Euro zum Ende des Jahres 2020 nahezu unverändert zum Vorjahr. Im Jahr 2020 wurden zudem noch keine neuen Schulden aufgenommen und die ordentliche Schuldentilgung in Höhe von 350.000 Euro führe dazu, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung der Einwohner auf 164 Euro reduziere.

Das Jahr 2021 sei durch die Corona-Pandemie geprägt gewesen. Bis weit in das Frühjahr hinein litten primär die Gastronomen und Einzelhändler sowie die Bürger besonders unter den Maßnahmen und dem Lockdown. Auch wenn in den Sommermonaten sich wieder eine weitergehende Normalität einstellte, schein jetzt der Virus wieder stärker an Dominanz zu gewinnen. Unterstützt durch steigende Impfquoten schein sich jedoch mehr und mehr eine gewisse Corona-Normalität zu entwickeln. Die Verwaltung sei gut auf die Situation eingestellt und wisse entsprechend zu reagieren.

Insbesondere scheinen die Spuren in der für die Gewerbesteuer relevanten Wirtschaft und somit der Industrie nicht so stark zu sein. Anders möge dies mit Sicherheit in der Hotellerie und Gastronomie sowie im Handel sein. Hier gelte es, Anreiz zu schaffen. Denn nur durch Handel und Gewerbe gebe es Leben in der Stadt. Eine wunderschöne renovierte Stadt mit leeren Geschäften mache auch keinen Sinn.

Ungeachtet dessen freue sie sich, dass der Nachtragshaushalt des Jahres 2021 bereits erste Aufhellung dokumentiere. So verbessere sich das ordentliche Ergebnis um 0,37 Mio. Euro. Durch die höheren Steuern und Zuweisungen könnten Mehrausgaben ausgeglichen werden.

Für das Jahr 2021 wolle sie, hinsichtlich des Finanzhaushalts, es jedoch nicht versäumen, zu erwähnen, dass sich in der aktuellen wirtschaftlichen Lage die Liquiditätsreserven zunehmend verzehren, auch wenn es keine größeren Investitionen gebe. Zwei Straßen hier, eine Heizung da und schon stünden wieder weniger Mittel für die Großprojekte zur Verfügung.

Die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung werde, ihrer Einschätzung nach, nicht mehr so stark von der Pandemie geprägt sein, sondern eher dadurch bestimmt werden, inwiefern sich Preissteigerungen und inflationäre Tendenzen sowie Lieferengpässe und unterbrochene Lieferketten in der Wirtschaft festsetzen. Die Auswirkungen für die Stadt ließen sich natürlich nur sehr schwer abschätzen und schlugen sich, wenn überhaupt, nur auf die Gewerbesteuer sowie eventuell auf die Beschaffung von Baustoffen im Zuge der Stadtkernsanierung nieder. Die CDU-Fraktion gehe aber insgesamt davon aus, dass das vorliegende Zahlenwerk dies soweit als möglich berücksichtige bzw. hiervon nicht betroffen sein werde.

Ungeachtet möglicher neuer Wolken am weltwirtschaftlichen Himmel stimme der vorliegende Haushaltsentwurf für die Stadt und hierbei insbesondere der

---

Ergebnishaushalt positiv. Nicht nur, dass der Haushaltsausgleich wieder gelänge, sondern sämtliche Ertragsquellen, und hierbei insbesondere die Gewerbesteuer, wieder ein deutliches Plus auswiesen. Mit 34,368 Mio. Euro komme es somit, sowohl in Bezug auf das Jahr 2020 als auch auf das Jahr 2021, zu einer klar messbaren Ausweitung des Haushaltsvolumens. Zu den Hauptertragssäulen gehörten, wie in jedem Jahr, die Gewerbesteuer, der Anteil der Gemeinde an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich. Wirklich Freude mache in diesem Zusammenhang allerdings nur der Anstieg in der Gewerbesteuer. Insgesamt stiegen die Erträge um rund 3,513 Mio. Euro. Die erfreuliche Ertragslage schein solid geplant zu sein und solle sich in dieser Größenordnung realisieren lassen.

Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 86.000 Euro zeige aber auch, dass es trotz der deutlich gestiegenen Erträge nicht gelingen werde, sich ein Investitionspolster zu erarbeiten, denn auch die Aufwendungen würden aller Voraussicht nach deutlich steigen. Zu den Aufwandspositionen mit den jeweils größten absoluten Veränderungen gehörten daher die Personalaufwendungen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und die Transferaufwendungen. Dabei schmerze die Einzahlungen in die Kreisumlage den Gemeinderat jedes Jahr aufs Neue. Dies sei nun aber einmal ein elementarer Baustein des föderativen Finanzsystems und es bleibe zu hoffen, dass die Stadt in angemessener Weise an der Verwendung der Kreisumlage wieder profitieren könne. Insgesamt erschienen sämtliche Aufwendungen plausibel geplant zu sein, selbst wenn teilweise deutlich erhöht, gerechtfertigt zu sein. In keinem Fall könne hier unangemessene Großzügigkeiten erkannt werden.

Bei der Bewertung des eher moderaten Ergebnisses schein es noch wichtig, zu erwähnen, dass der Ergebnishaushalt im Jahr 2022 zum ersten Mal einen Betrag für den Verlustausgleich innerhalb der Stadtwerke in Höhe von rund 500.000 Euro enthalte. Ohne diesen Effekt wäre das Ergebnis natürlich deutlich besser. So könne es aber immer wieder zu Sondereffekten kommen und man müsse sich die Frage stellen, wie langfristig die Ertragskraft der Stadt zu steigern sei. Sich bei der Investitionsentscheidung im Zuge der Stadtkernsanierung einzig und allein auf die geringe Pro-Kopf-Verschuldung sowie das Niedrigzinsumfeld zu verlassen, könne allenfalls nur mittelfristig zielführend sein. Im Hinblick auf den Finanzhaushalt müssen wir nach Lösungen gesucht werden, um die Finanzkraft nachhaltig zu stärken.

Nach dem sehr geringen Zahlungsmittelüberschuss im Jahr 2021 aus der laufenden Verwaltungstätigkeit komme es im Jahr 2022 wieder zu einem Überschuss in Höhe von 2,755 Mio. Euro. Dieser Saldo stehe dem Finanzhaushalt für Investitionen als Eigenmittel des Jahres zur Verfügung. Dies sei grundsätzlich sehr erfreulich. Betrachte man jedoch die anstehenden Aufgaben, so verblasse dieses Ergebnis natürlich ein wenig und verdeutliche die Notwendigkeit, die Ertragskraft zu steigern, auch anhand dieses Wertes.

Somit würde die Gesamtinvestitionssumme von 8,955 Mio. Euro nur zulasten der Liquiditätsreserve finanziert werden können. Dabei werde ausdrücklich die Vorgehensweise, zunächst die Liquiditätsreserve aufzuzehren, be-

---

grüßt, bevor an die Aufnahme neuer Schulden zu denken sei, zumal auf absehbare Zeit nicht davon auszugehen sei, dass sich am europäischen Zinsgefüge etwas ändere. Und mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 110 Euro zum Jahresende 2022 könne man dann zukünftig auch neue Kreditaufnahmen sehr gut rechtfertigen.

Die Liste von Investitionsvorhaben sei in jedem Jahr immer wieder länger als gedacht und sie reiche von allgemeinen Hochbaumaßnahmen, Ausgaben für das Naturbad „Klosterweiher“, Straßenbaumaßnahmen, der Innenstadtsanierung und der Abwasserbeseitigung, bis hin zu Ausgaben im Bereich des Friedhofs. Eine Stadt mit diese Infrastruktur und vielen Einrichtungen und Möglichkeiten wolle einfach unterhalten sein. Dabei stimme es positiv, dass mit rund 2,7 Mio. Euro nun endlich auch deutliche Beträge in die Erneuerung des Marktplatzes und des Roten Löwen investieren würden. Ein Zeichen dafür, dass sich nun auch bald sichtbar etwas verändern werde.

Die CDU-Fraktion werde dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 zustimmen. Die Entscheidung werde dabei getragen durch das voraussichtlich gute Ergebnis und die insgesamt sehr niedrige Pro-Kopf-Verschuldung. Insbesondere gelinge der Haushaltsausgleich, sowohl nach dem alten wie auch nach dem neuen Haushaltsrecht. Der Haushaltsausgleich scheinellie vollumfänglich gesichert zu sein.

Das Zahlenwerk spiegele dabei insgesamt eine solide Planung wider und es werde angemessen gewirtschaftet. Auch die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2025 scheinellie ausreichend konservativ zu sein. Die sogenannte „stetige Erfüllung der Aufgaben“ sei gesichert. Dies sei, insbesondere angesichts der anstehenden Großprojekte, die sich über mehrere Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinziehen werden, von Bedeutung. Insgesamt rechne die Verwaltung mit einem ordentlichen Ergebnis für die Jahre 2023 bis 2025 in Höhe von insgesamt 3,29 Mio. Euro, ein Wert, der in die richtige Richtung weise.

Für den Fall, dass die Stadt beabsichtigen sollte, in den nächsten Jahren ihre Pro-Kopf-Verschuldung auf landesweite Durchschnittswerte zu erhöhen, resultiere hieraus lediglich ein Finanzierungsvolumen von knapp 3,50 Mio. Euro und selbst bei einer massiven Pro-Kopf-Verschuldung von 1.000 Euro fließe dem Finanzhaushalt nur rund 11,6 Mio. Euro zu. Dies seien natürlich, absolut gesehen, gigantische Summen. Noch gigantischer sei jedoch der Finanzierungsbedarf in der Zukunft. So benötige die Stadt allein in den nächsten drei Jahren, gemäß der mittelfristigen Finanzplanung, mehr als 12 Mio. Euro für Investitionen, sogar nach Abzug der Fördermittel. Hierin seien zudem noch viele Projekte, wie der Neubau des Rathauses, nur teilweise enthalten oder noch gar nicht berücksichtigt, wie etwa die Sanierung der Schulen. Auch die Sanierung der Tiefgaragen, die ja im nächsten Jahr beginne, sei im Haushalt der Stadt bekanntlich nicht enthalten, da sie den Stadtwerken zuzuordnen sei. Aus diesem Grund wolle die CDU-Fraktion abschließend nochmals eindringlich auf das Kernanliegen, der Notwendigkeit der Erschließung und Steigerung von Ertragsquellen, zurückkommen.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei Bürgermeister Rieger für seinen großen Einsatz für die Stadt und wünscht ihm weiterhin gute Ideen und Erfolge. Allen Mitarbeitern der Verwaltung und des Bauhofes spricht sie den Dank für

---

die geleistete Arbeit aus.

Für die FDP-Fraktion hält der Fraktionsvorsitzende, Jochen Bäsch, die Haushaltsrede zum Haushalt 2022.

Nachdem die Stadt im Jahr 2021 zum ersten Mal nach vielen Jahren den Haushaltsausgleich nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht nicht erreichen werde, sehe es aktuell erfreulicherweise danach aus, dass im Jahr 2022 wieder mit einem knapp positiven Ergebnis abgeschlossen werden könne und dies trotz deutlich gestiegener Aufwendungen. Hier kämen die höheren Steuereinnahmen und Zuweisungen sehr entgegen. Trotz erneut deutlich steigender Aufwendungen werden die Aufgaben auch im kommenden Jahr erfüllt werden können, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen. Wobei hier die Stadtwerke nicht aus den Augen verloren werden sollten, stünden diese doch mit der Sanierung der Marktplatztiefgarage und dem Breitbandausbau vor enormen finanziellen Herausforderungen.

Wenn man die Zahlen vorheriger Haushalte betrachte, falle es auf, dass die Aufgaben der Stadt immer umfangreicher und kostspieliger würden. Vor zehn Jahren im Haushalt 2012 betragen die Aufwendungen der Stadt noch ca. 23,4 Mio. Euro. Im nächsten Jahr plante man mit ca. 34,4 Mio. Euro. Allein die Personalaufwendungen seien um über drei Mio. Euro gestiegen und z. B. auch die Zuschüsse an die Kindertagesstätten hätten sich um über 1,2 Mio. Euro erhöht, was ja in unmittelbarem Zusammenhang stehe. Dies wolle er nicht als Kritik an der städtischen Ausgabenpolitik sehen, sondern wolle damit nur beschreiben, dass jedes Jahr vor immer größeren Herausforderungen gestanden werde.

Umso erfreulicher sei es, dass in den letzten Jahren die Aufgaben erfüllt wurden, ohne die Grund- und Gewerbesteuer erhöhen zu müssen, wovon alle Bürger profitierten und es den Unternehmen eine gewisse Planungssicherheit gebe.

Noch immer halte die Coronapandemie alle fest im Griff und ein Ende sei leider noch nicht absehbar. Dennoch habe St. Georgen in 2021 alle Pläne umsetzen können und auch im kommenden Jahr würde wieder mit großen Schritten die Stadtentwicklung vorangetrieben.

Zunächst wolle er noch einmal das laufende Jahr betrachten. Man könne dies auch als Jahr der Planungen und Gutachten bezeichnen. Es wurden zu vielerlei städtischen Aufgabenbereichen Gutachten, Pläne und Berichte erstellt oder in Auftrag gegeben. Genannt werden könne hier der Energiebericht der städtischen Liegenschaften, das Starkregenrisikomanagement, der Generalentwässerungsplan, das System zur Erfassung und Bewertung des Straßenzustandes, die Fokusberatung zum Klimaschutz, die Kanalbefahrung und das Strukturgutachten für die Trinkwasserversorgung. Die Planungen für die Innenstadtssanierung wurden auch entscheidend weiterentwickelt. Man könne an dieser Stelle nun natürlich anmerken, ob diese Vielzahl an Plänen und Gutachten überhaupt Sinn mache und warum die Stadt hier so viel Geld ausgabe. Auch hier ein kleiner Exkurs ins Jahr 2012. Damals lagen die Ausgaben für Planungen an Dritte bei 2.115 Euro, nächstes Jahr seien hier 80.000 Euro eingeplant. Zum einen sei die Stadt aber zum Teil dazu verpflichtet, diesen Aufwand zu betreiben, z. B. beim Generalentwässerungsplan, zum anderen erhalte man durch die Ergebnisse der einzelnen Gutachten eine sehr gute Übersicht, wie die einzelnen Bereiche der Stadt

---

aufgestellt seien und wo Handlungsbedarf bestehe. Man erhalte somit die Möglichkeit, die kommenden Aufgaben strukturiert anzugehen und nach Dringlichkeit abzuarbeiten.

Da mit der Innenstadtsanierung die größten Investitionen seit Jahrzehnten zu bewerkstelligen seien, sei es umso wichtiger, die vermeintlich lästigen Pflichtaufgaben nicht zu vernachlässigen, um die Infrastruktur der Stadt in Schuss zu halten.

Wenn das Jahr 2021 als Jahr der Gutachten und Planungen bezeichnet wurde, wolle er das kommende Jahr das Jahr der Umsetzung nennen. Man könne auch sagen, endlich gehe es los.

Nachdem beim Roten Löwen die Baustelle bereits in vollem Gange sei, würden im kommenden Frühjahr auch der Marktplatz und die darunter liegende Tiefgarage in eine Großbaustelle verwandelt. Es wurden viele Jahre damit verbracht, die Sanierung der Innenstadt vorzubereiten, umso schöner sei nun auch die Vorfreude darauf, in die Umsetzungsphase zu gehen. Der eigentliche Startschuss für dieses Großprojekt sei bereits im Jahr 2014 gewesen, als der städtebauliche Ideenwettbewerb durchgeführt wurde. Im damals noch leerstehenden TB-Gebäude ging das Büro faktorgrün mit seinem Entwurf als Sieger hervor. Nach unzähligen Sitzungen und Plananpassungen könne es nun endlich losgehen und der Entwurf könne sich auch sehen lassen und der zentrale Platz der Stadt werde wieder zu einem Ort werden, an dem sich die Bürger gerne aufhielten.

Eine schöne Idee in diesem Zusammenhang sei, die Bürger der Stadt über die Gestaltung des Oberflächenmaterials mittels einer Abstimmung mit einzubeziehen.

Trotz der alles überlagernden Innenstadtsanierung werde die Stadt auch im kommenden Jahr die bereits vorhin genannten Pflichtaufgaben nicht vernachlässigen. So würden auch in 2022 wieder mehrere Straßen saniert, allen voran die Spittelbergstrasse, der als Zugangsstraße zur Innenstadt eine besondere Bedeutung zukomme. Auch in die Abwasserentsorgung, die Kläranlage und in städtische Gebäude werde investiert. Wenn auch die Negativliste der nicht durchführbaren Investitionen auch im kommenden Jahr wieder recht groß sei, werde vieles umgesetzt werden können. Nicht zu vergessen sei der Breitbandausbau. Hier werden mit der Galetsch, dem Rupertsberg und der Seebauernhöhe in den kommenden Jahren große Wohngebiete mit Millionenaufwand angeschlossen.

Sehr erfreulich sei auch die weiterhin große Anzahl an Privatinvestitionen in der Stadt. Nachdem das neue PE-Gebäude an der Bundesstraße zusammen mit dem Gebäude der EGT die Stadteinfahrt deutlich aufgewertet und auch Signalwirkung habe, werde mit dem Neubau des Aldi-Marktes gegenüber eine weitere Brache sinnvoll erschlossen. Auch die Firma Wahl werde in 2022 das neue Fabrikgebäude beziehen. Der private Wohnungsbau werde mit der Neubebauung des Haller-Areals und weiterer kleinerer Projekte und der Fortführung der Projekte Schönblick und Glashöfe ebenfalls neue Impulse erhalten.

Alles in allem könne man somit dem kommenden Jahr aus städtischer Sicht mit großer Vorfreude entgegensehen. Wenn man dann auch noch das leidige Thema Corona in den Griff bekommen könne, würde es ein sehr gutes Jahr für die Zukunft der Stadt.

Er dankt allen Mitarbeitern der Stadt und den Kollegen aus dem Gremium für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Die Herausforderungen

---

seien auch dieses Jahr nicht weniger geworden. Hätte man Herrn Esterle und seinen Mitarbeitern vor einem Jahr gesagt, dass die Pandemie immer noch das alles bestimmende Thema sein werde, hätte er wahrscheinlich nur ungläubig geschaut. Auch dem Bürgermeister dankt er dafür, dass er sich so stark für den Impfstützpunkt in St. Georgen eingesetzt habe. Dies sei für den westlichen Landkreis eine enorme Verbesserung. Ein Dank geht an Stadtkämmerin Frau Amann und Ihre Mitarbeiter.

Für die Grüne Liste-Fraktion hält der Fraktionsvorsitzende, Dirk Schmider, die Haushaltsrede zum Haushalt 2022.

Für die Grüne-Liste-Fraktion sei es heute die dritte Haushaltsrede seit der Kommunalwahl 2019. In diesen drei Jahren seien drei verschiedene Verantwortliche für den Bereich Finanzen gegenüber gesessen. Die Konstante dabei sei immer Herr Klausmann für die Kämmerei gewesen, meistens im Hintergrund und auch mal in der ersten Reihe. Dafür vielen Dank. Für die Zukunft wäre es nun sehr schön, wenn Frau Amann als Ansprechpartnerin für die kommenden Jahre erhalten bliebe und die Anrede sowie die einführenden Worte einer Haushaltsrede nicht jedes Jahr angepasst werden müssten. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Vor einem Jahr sei man auch hier gesessen und ein Virus habe die öffentliche Diskussion beherrscht. Er unterstellt, dass die meisten damals in der Hoffnung gewesen seien, dieses Thema werde sich im Laufe des Jahres 2021 erledigen. Dem sei leider nicht so und man müsse man durch den zweiten Corona-Winter in Folge. Das bedeute, das Haushaltsjahr 2022 starte wieder unter dem Einfluss der Pandemie. Wie es am Ende des Jahres aussehe, könne niemand absehen.

Was man aber voraussagen könne, die Innenstadt von St. Georgen werde Ende 2022 eine relativ große Baustelle sein. Wo und in welchem Umfang da noch Einschränkungen vorherrschten, hänge von den Baufortschritten ab. Im Verlauf des Jahres sei mit sehr vielen Umleitungen, Sperrungen und wohl auch Lärmbelastungen im Stadtzentrum zu rechnen. In diesem Zusammenhang wolle er heute schon für Verständnis werben und um Geduld bitten. Am Ende dieser ganzen Aktionen komme sicher eine Innenstadt zum Vorschein, die alle gemeinsam mit Leben füllen werden und zu einem sozialen Treffpunkt verwandeln.

#### Haushaltsausgleich

Die zukünftigen Projekte beeinflussten die Haushaltsplanungen in den nächsten Jahren nicht unerheblich. Trotz den bereits laufenden und beginnenden Maßnahmen beim Roten Löwen sowie dem Marktplatz inklusive Tiefgarage werde auch 2022 der Haushaltsausgleich nach Neuem Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) mit dem vorgestellten Haushaltsplan erreicht. Nach Jahren der Schuldentilgung und sinkender Pro-Kopf-Verschuldung werde sich das möglicherweise im Jahre 2023 ändern, was aber angesichts der Investitionen in die Zukunft gerechtfertigt sein werde. Dazu mehr in einem Jahr.

#### Größere Investitionen

Bei den größeren Investitionen werde die Stadt neben den Bautätigkeiten im Rahmen der Innenstadtsanierung vor allem der Klosterweiher beschäftigen. Diese auch außerhalb St. Georgens beliebte Freizeiteinrichtung benötige

---

Gelder, um die Nutzung als Schwimmbad und Ort gemeinsamer Aktivitäten weiterhin erhalten zu können.

Weitere große Posten betreffen die Infrastruktur in Form von Straßen und auch dem, was unter den Wegen liege. Denke man nur an Wasser, Abwasser oder Glasfaser. Allen seien noch die Ausführungen zum Strukturgutachten Trinkwasserversorgung in Erinnerung. Die unvermeidlichen Arbeiten an der Kläranlage würden die Stadt ebenfalls lange begleiten.

Ein ganz großer Posten tauche aktuell noch gar nicht bei den Investitionen auf, der der Stadt aber in naher Zukunft finanziell einiges abverlangen werde. Die umfassende Sanierung der Schulgebäude ist unumgänglich und werde sicher bald auf die Agenda gesetzt werden müssen.

Wenn man sich die Entwicklung des Bauvolumens anschau, könne einem mit Hinblick auf die Belastung des Bauamtes schon ein wenig angst und bange werden. Eine Idee, der Personalknappheit entgegenzuwirken, wurde von der Grüne-Liste-Fraktion in der Vergangenheit schon mal ins Spiel gebracht. Vielleicht werde diese in einer abgewandelten Form wieder aufgegriffen, wenn auch die Fokusberatung Klimaschutz zu einem Ergebnis komme, was in diese Richtung zeige.

Energiewende und zukünftige Einnahmen

Für die weiteren Jahre komme die Gemeinde nicht umhin, sich mit der globalen Klimakrise, also dem Beitrag zur Bekämpfung eben dieser, zu beschäftigen. Dies müsse einerseits natürlich unter dem Aspekt der Vermeidung von Treibhausgasemissionen geschehen, andererseits berge die Energiewende auch Chancen für einen kommunalen Haushalt.

Bund und Land seien sich dahingehend einig, dass die Energiewende vor Ort, also in den Kommunen, stattfinden müsse. Dafür würde in den nächsten Jahren umfangreiche finanzielle Mittel bereitgestellt. Hieraus könne die Stadt zukünftige Einnahmen generieren. Die folgenden Ausführungen hätten demnach unmittelbaren Einfluss auf die zukünftigen Finanzen.

Mehr Tempo beim Klimaschutz sei über verschiedene Wege zu erreichen. Drei große Themen zur Erreichung der Treibhausgasneutralität für eine Stadt seien die Wärmeplanung, Windenergie und Photovoltaik.

Größere Städte seien bereits verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen. Für Gemeinden in der Größe St. Georgens sei ein Förderprogramm für die freiwillige kommunale Wärmeplanung aufgelegt worden. Vielleicht könnte man als ein Ergebnis der bereits genannten Fokusberatung auf dieses Förderprogramm zurückkommen.

Beim Thema Ausbau der Erneuerbaren Energien stehe schon länger die Zahl 2 % der Fläche im Raum, was z.B. für St. Georgen 120 ha oder anders ausgedrückt 1,2 km<sup>2</sup> bedeuten würde. Je nachdem welche Quelle man heranziehe, könne dies allein die Windkraft umfassen oder auch mit Freiflächenphotovoltaikanlagen in Summe betrachtet werden.

Da St. Georgen bereits 2016 einen Teilflächennutzungsplan Windenergie beschlossen habe, können wir eigentlich direkt in die Planung eingestiegen werden. Die Stadt gehe beispielhaft von drei Windrädern aus, die einen Flächenverbrauch beinhalten, der noch deutlich unter den beschriebenen 2 % oder 120 ha liege. Mit den im Teilflächennutzungsplan modellierten Windgeschwindigkeiten könnten im Jahr mehr als 30 Millionen Kilowattstunden Energie erzeugt werden. Daraus ergebe sich eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von mindestens 20.000 Tonnen im Jahr. Mit diesen Anlagen ließe sich der Jahres-Stromverbrauch von ca. 10.000 Haushalten decken. Diese Berechnun-

---

gen seien eher konservativ gehalten, die tatsächlichen Werte könnten durchaus höher liegen.

„Warum stelle ich dies in unserer Haushaltsrede so ausführlich dar?“ Neben der Stromerzeugung als einem Beitrag zur Energiewende und den damit verbundenen Einsparungen von Treibhausgasen finde die Energieerzeugung vor Ort ihren Eingang in den Haushalt einer Stadt über die zu generierenden Einnahmen. Da absehbare Ausgaben gedeckt werden wollen, sei es angebracht, sich rechtzeitig damit zu beschäftigen, woher die nötige finanzielle Ausstattung kommen könne.

An einer Windenergieanlage profitiere eine Stadt in Form der im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) genannten finanziellen Beteiligung am Ausbau. Das seien bei einer der vorher genannten Beispielanlagen ca. 20.000 Euro/a, also für die angenommenen drei schon 60.000 Euro/a. Dazu kämen die Gewerbesteuer, von der mittlerweile 90 % am Standort verblieben und unter Umständen Pachteinnahmen. Für die Bürger würden sich ebenfalls verschiedene Möglichkeiten bieten, finanziell zu partizipieren. Dies sei in Form einer Bürgerbeteiligung oder auch mit einem Bürgerstrom-Modell möglich. Da der Bau und die Inbetriebnahme doch einen recht langen Vorlauf hätten, wäre es gut, schnell in die Energiewende einzusteigen, um einerseits einen Beitrag zur Abwehr der Klimakrise zu leisten und andererseits den kommunalen Haushalt zukunftsfähig aufzustellen.

Das Thema der Freiflächen-PV-Anlagen könne dann näher betrachtet werden, nachdem alle Dächer der kommunalen Liegenschaften mit Photovoltaik ausgestattet würden oder wenn sich entsprechende Flächen anbieten.

Antrag Global Forest e.V. auf Zuschuss

Den vorliegenden Antrag des Kunstvereins Global Forest e.V. auf einen einmaligen Zuschuss wolle die Grüne-Liste-Fraktion unterstützen. An der beantragten kommunalen Förderung hingen weitere finanzielle Mittel aus dem Regierungspräsidium und auch aus Landesförderungen. Sollte die beantragte Summe als Ganzes keine Mehrheit finden, sollte der Stadt die Förderung der Kunst zumindest einen angemessenen Betrag wert sein. Der Verein habe sich in den letzten Sommerferien mit der Kinderworkshop-Reihe „Kids & Kunst“ in der Stadt eingebracht und kooperiert z.B. mit dem Deutschen Phonomuseum. Über die Stadtgrenzen hinaus erhalte man Aufmerksamkeit durch die Förderung des Vereins für das Projekt „VOGELKLANG-Soundcamp“, in dem St. Georgen neben den großen Städten Stuttgart, Freiburg oder Tübingen beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg gelistet werde.

Bürgermeister Rieger dankt den Fraktionen für ihre Haushaltsreden. Es gehe nun noch um den Zuschuss an Global Forest und zusätzlich um 10.000 Euro für die Mängelbeseitigung in den naturwissenschaftlichen Räumen im Bildungszentrum.

Dem Antrag von Stadtrat Freischlader, Global Forst einmalig mit 4.000 Euro zu unterstützen, wird einstimmig stattgegeben.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Einstellung von 10.000 Euro für die Mängelbeseitigung in den naturwissenschaftlichen Räumen im Bildungszentrum zu.

Kämmerin Amann liest die aktualisierten Zahlen, wie im Beschluss genannt, vor.

Bürgermeister Rieger spricht Kämmerin Amann und Herrn Klausmann einen Dank für die gute Zusammenarbeit aus. Auch dem Gemeinderat dankt er für das gute Miteinander, das er sonst aus keiner anderen Gemeinde kenne. Dies zeichne den Gemeinderat in St. Georgen aus.

### **Beschluss:**

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 08.12.2021 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen:

#### **§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

	EUR
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	34.453.200
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	34.381.600
<b>1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis</b> (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	<b>71.600</b>
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	75.000
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	143.100
<b>1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis</b> (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	<b>-68.100</b>
<b>1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis</b> (Summe aus 1.3 und 1.6) von	<b>3.500</b>

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	33.896.200
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	31.335.300
<b>2.3 Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts</b> (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	<b>2.560.900</b>
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	3.018.500
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	9.085.100
<b>2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit</b> (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	<b>-6.066.600</b>

<b>2.7 Veranschlagter Finanzierungsüberschuss / -bedarf</b> (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	<b>-3.505.700</b>
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	337.000
<b>2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b> (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	<b>-337.000</b>
<b>2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts</b> (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	<b>-3.842.700</b>

## § 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf Euro

0  
davon für die Ablösung von inneren Darlehen Euro 0

## § 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf Euro 1.463.178

## § 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf EUR. 4.000.000

## § 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) v.H. 400
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf v.H. der Steuermessbeträge; 400
2. für die Gewerbesteuer auf v.H 340

der Steuermessbeträge.

### **§ 6 Stellenplan**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

### **§ 7 Finanzplanung**

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2023 – 2025 einschl. Investitionsprogramm ist Bestandteil dieser Haushaltssatzung.

### **§ 8 Bürgergenussauflage**

Die Bürgergenussauflage für jedes Genusslos wird festgesetzt auf Euro

12,05

## Wirtschaftsplan

### des Eigenbetriebes Stadtwerke St. Georgen im Schwarzwald für das Wirtschaftsjahr 2022

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 08.12.2021 aufgrund der §§ 12 ff. des Eigenbetriebsgesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08. Januar 1992 (GBl.S.22), letzte Änderung 17.Juni 2020 (GBl.S. 403) i.V. mit den §§ 86, 87, 88 und 96 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl.S. 581, ber. S. 698), letzte Änderung vom 15. Oktober 2020 (GBl.S. 910, 911) den Wirtschaftsplan 2022 wie folgt festgestellt:

#### § 1

#### Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

- |  |             |
|--|-------------|
| a) im Erfolgsplan mit                              |             |
| - Erträgen von                                     | 2.118.000 € |
| - Aufwendungen von                                 | 2.217.000 € |
| - einem Verlust von                                | 99.000 €    |
| b) im Vermögensplan mit Einnahmen und Ausgaben von | 7.493.000 € |

#### § 2

#### Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) für das Wirtschaftsjahr 2022 wird festgesetzt auf	6.470.000 €
--	-------------

#### § 3

#### Verpflichtungsermächtigungen

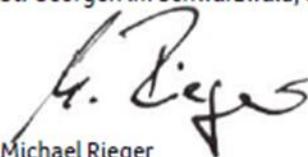
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	0,00 €
--	--------

#### § 4

#### Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	400.000 €
---	-----------

St. Georgen im Schwarzwald, den 08.12.2021



Michael Rieger  
Bürgermeister

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: .

**7 Antrag von Frau Stadträtin Barbara Bahsitta auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat**  
**Vorlage: 134/21**

---

**Protokoll:**

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Frau Bahsitta bittet, aus persönlichen Gründen aus dem Gemeinderat ausscheiden zu dürfen. Er bittet den Gemeinderat, diesem Wunsch von Frau Bahsitta stattzugeben.

**Beschluss:**

1. Gemäß § 16 Abs.1 GemO liegt ein wichtiger Grund für das Ausscheiden aus dem Gemeinderat vor.
2. Dem Antrag von Frau Barbara Bahsitta auf das Ausscheiden aus dem Gemeinderat zum 31.12.2021 wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**8 Anfragen aus dem Gremium**

---

**Protokoll:**

- a) Parksituation Friedrichstraße  
 Stadtrat Rieckmann fragt an, ob es möglich wäre, zumindest im Winter, in der gesamten Friedrichstraße (von der Hauptstraße kommend) bis zum Schmiedegrundparkplatz Parkverbot auszusprechen und nicht nur in dem Bereich um die Einfahrt beim Pflegeheim.  
 Herr Esterle führt aus, dies sei Wunsch der evangelischen Altenhilfe gewesen, den Bereich um die Einfahrt herum mit Parkverbot zu versehen.  
 Stadtrat Laufer, der in diesem Bereich Winterdienst fährt, stimmt Stadtrat Rieckmann zu.  
 Bürgermeister Rieger sagt eine Überprüfung zu.
- b) Parksituation Gewerbehallestraße

---

Stadtrat Winzer erkundigt sich, ob das Parkverbot im Bereich vor dem ehemaligen Orthopäden noch nötig sei.

Herr Esterle erklärt, da auf der gegenüberliegenden Seite geparkt werde, wolle er an dem Parkverbot vor dem Gebäude, in dem der Orthopäde untergebracht war, festhalten.

c) Impftag/Engagement Bürgermeister

Stadtrat Müller teilt mit, das Dankeschreiben, das Herr Bürgermeister Rieger an alle Arztpraxen, die sich am Impftag beteiligt haben, geschickt habe, sei sehr gut angekommen. Es sei die Idee entstanden, diesen Brief über die Presse öffentlich zu machen. Er spricht dem Bürgermeister ein großes Lob aus, dass er genau mit solchen Aktionen die Menschen gut erreiche.

d) Hochwasser Ahrtal

Stadtrat Wentz fragt an, ob die Familien aus St. Georgen, die sich bei den Aufräumarbeiten nach dem Hochwasser im Ahrtal sehr engagieren, geehrt werden könnten. Er kenne auch eine Familie, die ihren Urlaub dafür „opfere“. Im Jahr 2002, bei der letzten Katastrophe, wurden Familien nach St. Georgen eingeladen, um hier ihren Urlaub zu verbringen. Das sei sehr gut angekommen.

Bürgermeister Rieger erklärt, er habe dem dortigen Landrat bereits den Vorschlag gemacht. Allerdings hätten sie noch mit ihren Problemen zu kämpfen und es müsse noch etwas Zeit vergehen. Er werde nächstes Jahr erneut den Kontakt suchen.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 3. Februar 2022